



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

im Abgeordnetenhaus von Berlin

PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5
D-10111 Berlin
Fon (030) 23 25 24 50/51
Fax (030) 23 25 24 09

Pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Datum

28.04.2008

Nummer

176/2008

Redaktion

-yv-

Berliner Volksentscheid

Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktionsvorsitzende und **Volker Ratzmann**, Fraktionsvorsitzender, erklären:

Das Volk hat entschieden: Nachnutzung zügig planen

Berlin hat seine Feuertaufe in Sachen direkter Demokratie bestanden. Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr demokratisches Recht wahrgenommen haben, über die Zukunft von Tempelhof zu entscheiden.

CDU, FDP und ICAT müssen ihre Niederlage anerkennen. Wir fordern CDU und FDP auf, endlich wieder zu einer konstruktiven Oppositionspolitik für Berlin zurückzukehren und sich an der Erarbeitung des Nachnutzungskonzeptes für den Flughafen Tempelhof zu beteiligen. Es gilt die Stadt zukunftsorientiert zu gestalten und nicht an überkommenen Reminiszenzen festzuhalten.

Der politische und mediale Umgang mit dem ersten Volksentscheid Berlins hat viele Fragen aufgeworfen: Senat und insbesondere der Regierende Bürgermeister haben mit ihrer Arroganz der Sache selbst und dem Vertrauen in die direkte Demokratie enorm geschadet. Wowerits erklärter Wille, das Ergebnis des Volksentscheides nicht beachten zu wollen, hat viele Menschen dazu bewogen mit Ja zu stimmen. Der Senat war und ist nicht in der Lage die Nachnutzung zu gestalten. Diese Aufgabe wartet seit über 10 Jahren auf politische Initiativen. Hier zeigt sich mehr als deutlich die Gestaltungsschwäche der rot-roten Koalition.

Die CDU hat den ersten Volksentscheid parteipolitisch instrumentalisiert. Volksentscheide sind eine Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, nicht ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln. Die Materialschlacht von interessierten Wirtschaftskreisen und der Springer-Presse wirft die Frage nach Fairness und Chancengleichheit bei der Durchführung von Volksentscheiden auf. Zukünftig müssen Initiatoren ihre Großspenden offen legen. Wir fordern alle politischen Akteure auf, für zukünftige Volksentscheid Fairnessregeln zu vereinbaren. Die direkte Demokratie darf keinen Schaden nehmen.